

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 60.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 4. Februar 1905.

Druckerei: G. G. G. Halle a. S., Postfach 210, Bismarckstr. 77, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion: Leipzigerstr. 127. Eing. Nr. 249/04.

Verleger: G. G. G. Halle a. S., Postfach 210, Bismarckstr. 77, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion: Leipzigerstr. 127. Eing. Nr. 249/04.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion: Leipzigerstr. 127. Eing. Nr. 249/04.

Geschäftsstelle in Berlin Brunnenstr. 5. Telefon-Fax Via Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Schiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 4. Februar.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Die „Kölnische Zeitung“ erfährt aus maßgebenden Kreisen der Arbeiterschaft, daß nach der Auffassung letzterer sich die Handlungen der Arbeitgeber in der Provinz Sachsen nicht über den Rahmen der Arbeiterverbände hinausheben lassen. Deshalb halten sie auch weiterhin an dem Standpunkte fest, sich auf keinerlei Verhandlungen mit den Ausständigen einzulassen. Jedes von den Arbeitgebern gemachte Zugeständnis führe nur zur Erhebung weiterer Forderungen und dem somit nur zur Verlängerung des Ausstandes. Andererseits werden es die Arbeitgebern nicht ablehnen, einzeln mit den betreffenden Arbeitgebern zu verhandeln, wenn diese wegen der Wiederaufnahme der Arbeit an sie herantraten. Maßregelungen sollen nicht vorgenommen werden, insofern werden bindende diesbezügliche Erklärungen abgegeben. Das sei der heutige Standpunkt der Arbeiterschaft, den sie auch beim Beginn des Ausstandes eingenommen hätten. Unter dem 2. Februar veröffentlichte die „Kölnische Zeitung“ ein neues Arbeitsgesetz. Besonders häufig ist das nachdrücklich Einschlagen und Einwirken von Seiten. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Es wäre zu wünschen, wenn das Urteil der Dortmunder Strafammer, die den Bergmann Graf aus König zu neun Monaten Gefängnis verurteilt hat, weil er am 18. Januar Bergleute, die von der Arbeit kamen, beschimpft und einen Arbeitsschlichter durch einen Steinwurf in den Kopf erheblich verletzt hat, möglichst weit Verbreitung fände.

Weitere Ausführungen gegen Arbeitswillige nehmen den Worten des Grafen v. Solodonsky zum Trost noch immer nicht ab. Die Landtagsdeputierten gegen jene übertriebene Verhärterung, welche nur neues Wasser auf die flammenden Mühlen der Sozialdemokratie leitet, ebenso vernehmlich und wirksam, wo es die Klammern des Vereins für die bergbaulichen Interessen ist. Der großen Haufe der bereits mitgeteilten Fälle von Drohungen und der Anwendung roher Gewalt gegen harmlose ihrer Arbeit nachgehende, friedliebende Leute reihen sich immer neue in reicher Menge an.

In den 18 Bergwerksbezirken des Oberbergamtsbezirks Dortmund und auf sechs „Ameisenpreußen“ führen am 3. Februar an von einer Gesamtbeschäftigung von 259 446 Mann und über Lage 82 361 Mann (gegen 245 957 bzw. 52 089 am 1. d. Mts., aber ohne „Ameisenpreußen“ gerechnet). Auf „Ameisenpreußen“ sind heute 2592 von 4506 Mann angefahren, die 4800 Mann starke Beschäftigung der nichtstreikenden Bezirke des Dortmunder Bezirks ist vollständig angefallen.

Der am Freitag in Essen eingetroffene Minister des Innern Hr. v. Hammerstein trat in Begleitung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Prof. des Regierungspräsidenten von Düsseldorf und anderer Vertreter der Behörden eine Rundfahrt durch den Stadt- und Landbezirk an und überlegte sich den seitens der Polizeibehörden getroffenen Maßnahmen. Hr. v. Hammerstein fand eine Konferenz auf dem Rendantenamt statt, an der außer den genannten Herrn sämtliche Deputiertenmeister und Landräte der in Betracht kommenden Teile der Rheinprovinz teilnahmen. In der Konferenz wurden die getroffenen polizeilichen Maßnahmen besprochen, die der Minister billigte und für ausführend erachtete. Abschließend sprach der Minister nach Dortmund, wo am Sonnabend eine Konferenz zu demselben Zwecke stattfand.

Im Senatorenkonvent des Reichstages verständigte man sich dahin, daß am Donnerstag nächster Woche die Verhandlungen über die Handelsverträge ihren Anfang nehmen sollen.

Die Konvention des Abgeordnetenhauses haben zur zweiten Lesung der Kanalvorlage einen Antrag eingebracht, statt des Schlepptomopolis ein Betriebsmonopol auf den Kanälen einzuführen.

In der Freitag-Sitzung des weimarer Landtages richtete Bregpräsident Müller nachfolgende Anfrage an die Staatsregierung: Will die großherzogliche Staatsregierung ihren Einfluß im Bundesrat dahin geltend machen, daß der fortgesetzten Vernehmung der Reichstagesoberbehörde und vielmehr eine allmähliche Verminderung angestrebt werde? Eine Beantwortung ist noch nicht erfolgt.

Se. Maj. der Kaiser hatte zur vorgeschriebenen Abendtafel geladen Herzog und Herzogin Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Gölsbein-Holstein-Beck-Prinzinnen-Lothar, Prinzessin Feodora von Schleswig-Gölsbein, den Herzog von Sachsen-Coburg, den amerikanischen Vizekonsul Charlesmann Lower, Dr. Armour, den Generalintendanten v. Müllen und Erz. Althoff. — Gestern morgen machte der Kaiser den gewöhnlichen Spaziergang und beehrte den Reichstanzler Grafen Bülow mit seinem Besuch.

Dank des Kaisers. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen Erlaß des Kaisers an den Reichstanzler, welcher folgendermaßen lautet:

„Mein Onkel hat sich wiederum ein Lebensjahr in Gesundheit

vollenden lassen. Leider ist die Festesfreude, die sonst Meinen Geburtstagen beehrt, durch die ernste Erkrankung Meines geliebten Sohnes des Prinzen Eitel Friedrich, sehr getrübt worden. In Meiner Sorge um den leeren Stuhl ist es Mir aber ein herzlich froh gewesen, aus dem Mir in großer Zahl telegraphisch und schriftlich ausgehenden Glückwünschen, die besonders auch auf baldige Wiederholung des Prinzen gerichtet waren, erneut zu erheben, mit welcher herzlichen Teilnahme das deutsche Volk in allen seinen Schichten und Meinen Freund und Leid Meines Sohnes begleitet. Nicht nur aus deutschen Quellen, fast aus allen Ländern des Erdballs sind Mir Glückwünsche zufließen gekommen. Wo immer Deutsche Fuß gefaßt, da haben sie Meines Geburtstages als eines nationalen Festtages freudig gedacht und Mir ihre treue Teilnahme bekundet. Von dem Festestage, allen, welche Mir an Meinem Geburtstage so freundlich und teilnehmend Wünsche gemeldet haben, Meinen herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen, erlaube Ich Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.“

Zum Besinden des Prinzen Eitel Friedrich. Nach dem letzten Bulletin kann Prinz Eitel Friedrich jetzt als dem Gefahr befreit betrachtet werden.

Prinz Waldert soll die Kaiserreise von den in diesem Monat anzukommenden ostafrikanischen Kisten über die Häfen Port Said, Palermo, Barcelona und Lissabon ausführen. In Brunsbüttel soll das Schiff, der „Wolff“. infolge, gegen Ende April eintreffen, um dann durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach Kiel einzudampfen. Das Kaiserpaar gedenkt den Prinzen in Brunsbüttel zu empfangen.

Zum Regierungspräsidenten in Aita, als Nachfolger des verstorbenen Herrn v. Balan, ist der jetzige Polizeipräsident von Hannover Otto Steinmeyer ernannt worden.

Deutsch-Südafrika. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Heiter Georg Walter, geboren am 30. Juli 1882 zu Unter-Schönmattweg (Großherzogtum Hessen), früher im Infanterie-Regiment Nr. 118, hat sich am 8. Januar 1905 zwischen Duitsofero und Duitsojau von der Kolonie entfernt und wird jetzt vermisst.

Deutscher Reichstag.

192. Sitzung vom 3. Februar 1905, 1 Uhr.

Das Haus legt die zweite Beratung des Gesetzes über die Reichs- und Provinzial-Verordnungen an den Reichstagen und Reichsgerichten vor. Der Reichstag hat in der letzten Sitzung ein von dem Abg. Sachse angeregtes Vergewerbegerichtsurteil verurteilt. Es befindet sich aber ein Passus in der in jenem Urteil angelegten Arbeitserklärung, der den entscheidenden Widerspruch heraufbesucht. Was die Frage der Beschaffung eines Reichstagesbeschlusses anbelangt, so erachtet es am notwendig, daß alle Beschlüsse im Reich unter daselbstige Vergegenständelt werden, erachtet, ob sie in Preußen oder in Bayern, Sachsen oder in Braunschweig und Anhalt beschlaffen sind. Wir müssen an der Forderung eines Reichsbeschlusses festhalten, das wir verlangen, daß auch die Mitteilungen an einem solchen Beschlusse mitwirken. So ganz kann man es bestialen den Reichstagen nicht verdrängen, wenn sie jetzt nicht auf das Reichstagesbeschlüsse in die Arbeit folgen wieder aufnehmen. Der Arbeiter muß ein gleichberechtigter Faktor bei der Verlegung werden, damit die Unternehmer endlich von ihrem Verdrängen abgebracht werden. Unsere Resolution verlangt, daß den Unternehmern das Recht genommen wird, Arbeiter in die Arbeit zu nehmen, wenn ein Arbeiter in einem Erteil etwas anderes als die Straße zu legen. Wir verlangen weiter eine Verdrängung des Bundesrats, wie bei anderen Fabriksbetrieben, so auch beim Verzug eine Verdrängung der Arbeiter zu erwirken. Weiter verlangen wir ein Verbot des Nullens durch die Verordnung und endlich die Beschaffung der Arbeiter mit den Unternehmern in die Arbeit zu nehmen, wenn sie nicht genug gesehelt, rufe ich den verbündeten Regierungen zu, „laßt mich nun endlich Lachen sein!“ (Beifall links).

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Das Wechten, daß das Reich nicht zuständig sei für die Vergegenständelt, trifft unter allen Umständen nicht zu, soweit es sich um den Bereich der Gewerbeordnung handelt. Der Antrag Sachse sowohl wie auch der Antrag Feil fallen in den Bereich der Gewerbeordnung und wir werden ihnen unsere Zustimmung geben. Ich freue mich, daß der Herr Staatssekretär so offen eine Note zum gegenständlichen Eingehen zugegeben hat. Ich freue mich, föhnlischer zu können, daß wir alle einig in der Ansicht, daß etwas geschehen soll. Wir freuen uns, wenn ein Mitglied des Reichstages aus den Reichstagen, die Regierung herauskommt, das Gut nehmen, ohne von der Absicht abzugehen, daß ein Reichsbeschlusse notwendig ist. Was die Arbeitserklärung angeht, so sind wir nicht besriedigt vom hygienischen Arbeitsverhältnisse, wir müssen vielmehr an der Forderung eines Minimalarbeitsvertrages von acht Stunden vom Beginn der Stunden bis zum Beginn der Stunden festhalten. Wenn einmal der Handelsminister in seinem Bericht das Nullen bei seinen Geheimnissen einfließen und dementsprechend Abhilfe vom Gesetz machen wollte (Gehterkeit), dann würde sich bald kein Verteiliger des Nullens mehr finden. Wir halten an der Forderung von obligatorischen Arbeitserklärungen und Gewerkschaften aus dem Arbeiterstande fest. Eine Verdrängung der Arbeiter durch die Unternehmer, vermehren wir, dann nicht zu finden. Bei jeder Verlegung möchte ich daran erinnern, daß ein wesentlicher Teil der Schwierigkeiten keine Ursache findet in der ablehnenden Haltung der Unternehmer gegenüber dem Koalitionsrecht der Arbeiter. Wenn wir denn endlich der schon so lange angelegentliche Gegenstand über die gesetzliche Anerkennung der Arbeitervereinigungen kommen? Die Arbeiter werden in unsere gute Arbeit keinen Zweifel legen, denn die Arbeiter, die den Kampf auf ihre Veranlassung führen, die sind selber Kammes genug, um sich ein Urteil zu bilden über die Ansicht und die Bedeutung eines gegenständlichen Unternehmens. (Beifall im Zentrum).

Sächsischer Bundesratsvollständiger Dr. Fischer weist die Verhandlungen des Abg. Sachse als unangebracht zurück.

Abg. Feil v. Richtiges (Ztr.): Wir werden gegen alle vorliegenden Anträge stimmen. Um aber nicht den Anschein zu erwecken, als ob wir die Bedeutung der Sache nicht erkennen, muß ich einige Worte hinzufügen, wir können das umsonst, weil wir weit objektiver

diesen Fragen gegenüberstehen als die kämpfenden Parteien in diesem Streit. Ein Arbeitervertrag ist gerade für Deutschland ein schweres Hindernis aus nationalen Gründen und aus Gründen unserer Volkswirtschaft. Es ist ein Verbrechen, das Vaterland in solche Lage auszuwickeln zu bringen. (Sehr richtig!) Die Arbeiter machen wir keinen Vorwurf, wohl aber denjenigen ihrer Führer, deren nicht das Wohl der Arbeiter die oberste Maßnahme ist, sondern das politische Interesse. Was wir wollen, ist der Friede. Der eine Weg ist der der Administration, der andere der der Legislative. In Verhandlungssache kann nur der etwas leisten, der ein Verhandlungsorgan hat hinter sich, also nicht das Reich, sondern nur Preußen. Für das Reich käme also die Legislative in Frage. Die Klänge der Verlegung auf Grund der vorliegenden Anträge zu erheben, würde das Vorgehen Preußens lähmen. Der Antrag Bülowen kommt mir so vor, als sei er lediglich gestellt, weil man die Zeit für günstig hält, alle Verhandlungsgegenstände vor das Forum des preussischen Landtages gebracht. Wir wünschen, daß der gegenwärtige Streit weder für die Unternehmer noch für die Arbeiter ein Jena werden möge. Möge Gott ihnen die nötige Einsicht und auch Energie leihen. (Beifall.)

Abg. Dr. Wagner (Rp.): Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß eine landesgerichtliche Regelung des Bergerechts überhaupt nicht ganz unbedenklich, aber gerade in dieser Zeit ein Fehler ist. Ich würde die Verhandlungen hier mit parlamentarischen Verhandlungen voraussetzen. Der Vorschlag, daß dem Bundesminister, daß die Abgeordneten-Verhandlungen seinen Wünschen entsprechen, ist mir nicht über den Berg, die Bergarbeiter nach Möglichkeit zu schützen. Wir können ein Gesetz, das die dringenden Forderungen der Arbeiter regelt, in drei Tagen erledigen, und können dann über die anderen Fragen eine Enquete machen. Graf Bülow, wir haben das unrichtig getan — so rufe ich, stattdessen wird der Reichstanzler ist — (Gehterkeit), nun tun Sie das Ihre. (Beifall links.)

Abg. Sarantus (Pole): Wir treten für die reichsgerichtliche Regelung der Bergverträge ein, denn gerade meine Partei hat mit dem Dreifachparlament in Preußen die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Das preussische Parlament wird alles Gute aus der Regierungsnovelle herauszusehen. (Beifall v. d. Polen v. d. B.)

Abg. v. Tiedemann (Rp.): Meine politischen Freunde werden sich an der Erörterung nicht beteiligen, weil ihr der Ansicht sind, daß in den bergbaulichen Fragen nicht das Reich, sondern die Landesgesetzgebung zuständig ist. (Sehr richtig rechts.) und weil wir die Erörterung selbst nach für überflüssig halten, wo in Preußen ein Gesetzgebungsorgan vorbereitet wird. Wir glauben, daß die gestellten Anträge geeignet sind. Ich lasse weiter zu gehen. Einer Gesetzgebung, die die Rechte der Arbeiter beschränkt, können wir nur zustimmen, wenn in dem Gesetze zugleich genügend Schutz für die Arbeitsschlichter festgelegt wird. Wir lehnen dabei alle Resolutionen ab. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Burkhardt (Wirtsh. Vgg.): Wir fordern eine reichsgerichtliche Regelung des Bergerechts. Den Syndikaten der Unternehmer gegenüber bilden sich naturgemäß Organisationen der Arbeiter. Wir, meine Herren, beurteilen den Massenkampf von unten, aber auch von oben; wir wollen Gerechtigkeit im sozialen Kampfe. (Beifall.)

Abg. Feil v. Richtiges (Ztr.): Die preussische Regierung hat verfaßt. (Bezeugung.) Die Hauptstaub an der ganzen Bewegung trägt das Stillen der Beiden, das hat auch der Abg. Schmitz in Abgeordnetenhause ausgesprochen und Minister Woelker stimmt ihm zu. Aber die preussische Regierung hat trotz dem nichts getan, ja sie hat sogar noch weitere Befehle gegeben. Die Arbeitsschlichter sind doch schlimmer bedrängt, als der Staatssekretär zugab. Ich hoffe, das Haus unterstützt uns in dem Verdrängen, den Frieden wiederherzustellen. (Beifall.)

Staatssekretär Graf Palenstein: Dem Vorredner kann ich nur erwidern, daß zwar eine Reihe von Anträgen eingekommen sind, nach denen Reichsgerichtsbeschäftigt sind, daß sie sich aber bei der polizeilichen Unterordnung nicht haben feststellen lassen oder nicht beweisbar waren. (Hört hört!) Die persönliche Freiheit muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden: Diese Verpflichtung hat die Regierung und wird sie unter allen Umständen ausüben. Wenn die Exekutive einschreitet, muß sie mit außerordentlicher Energie einschreiten und dann allerdings können Härten vorkommen. (Sehr richtig!)

Nach weiterer Debatte verläßt sich das Haus. Sonnabend 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß nach 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

131. Sitzung vom 3. Februar, 1 Uhr.

Im Ministerialrat v. Bude, Frz. v. Rheinbaben v. Bobelski, v. Loebell.

Der Reichstag hat heute die zweite Beratung der Kanalvorlage. Zunächst hat der Reichstag über die Kommissionsberichterstattung im Hinblick auf den Kanal Hannover-Kanal ein gesetzlicher Streit für die Eisenbahn, sehr ist er ihnen ein treuer und zuverlässiger Bundesgenosse. Die Eisenbahn kann jedoch ein Kameraden, einen besseren sind ich nicht. (Gehterkeit.) Durch den Streit auf die Strecke von Hannover nach Bielefeld ist die Verdrängung sehr behindert geworden. Die finanziellen Bedenken sind abgemindert. Eine Verdrängung des westlichen und östlichen Wasserstraßenverkehrs ist weder nötig, noch unzulässig; jetzt ist die Furcht der westlichen Landwirtschaft vor der Konkurrenz der Stillen beseitigt. Der Stillen Landstand ist und bleibt aus Rücksicht auf Oerstedten ausständig, schließlich die Errichtung der Regierung erst gemeint war aber nicht. Das Schlepptomopol nimmt den Kanal die freihändlerischen und ausländischen Tendenzen und gibt ihm ein nationales Gepräge. (Sehr gut im Ztr.) Auch der Beschluß auf Einführung von Geschäftsabgaben hat Zustimmung für die Vorlage gemacht. Redner geht näher auf

